

Landgericht Köln



-10- Landgericht Köln,
[REDACTED]

Rechtsanwälte
Gansel
[REDACTED]

27.10.2022

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
10 O 40/22
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter
Frau [REDACTED]
Durchwahl
0221/477-2835

Ihr Zeichen: [REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Rechtsstreit

[REDACTED] gegen Volkswagen AG

erhalten Sie auf Anordnung des Gerichts die Anlage(n) zur
Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Justizbeschäftigte

- automatisiert erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Anschrift

[REDACTED]

Sprechzeiten

Mo. bis Do. 08:30 Uhr bis 14:30

Uhr und Fr. 08:30 Uhr bis 14:00

Uhr

Telefon

0221/477-0

Telefax:

0221/477-3333

www.lg-koeln.nrw.de

Nachbriefkasten: Luxemburger

[REDACTED]

Konten der Zahlstelle des

Amtsgerichts Köln: Deutsche

[REDACTED]

IBAN

DE87 3700 0000 0037 0015 12

Verkehrsanbindung: KVB-Linie

18 (Haltestelle

[REDACTED]),

Bus-Linie 142 (Haltestelle
Justizzentrum)

Beglaubigte Abschrift

10 O
40/22



Landgericht Köln

IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

In dem Rechtsstreit

der Frau [REDACTED], [REDACTED],

Klägerin,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Gansel,

[REDACTED], 10179 [REDACTED],

gegen

die Volkswagen AG, vertr. d. d. Vorstand, Berliner Ring 2, 38440 Wolfsburg,

Beklagte,

Prozessbevollmächtigte:

[REDACTED],

Haesemann & Partner,

[REDACTED],

hat die 10. Zivilkammer des Landgerichts Köln
auf die mündliche Verhandlung vom 30.09.2022
durch den Richter am Landgericht Dr. Gryska als Einzelrichter

für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin EUR 11.989,54 nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 03.05.2022 zu zahlen.

2. Die Beklagte wird verurteilt, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 1.054,10 freizustellen.
3. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
4. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.
5. Das Urteil ist vorläufig gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 120 % des zu vollstreckendes Betrages vollstreckbar.

Tatbestand:

Die Klägerin macht Ansprüche aufgrund des sog. Dieselskandals geltend. Sie begehrt vorliegend Rückerstattung des von ihr entrichteten Kaufpreises abzüglich des Weiterverkaufserlöses sowie abzüglich einer im Rahmen des vorzunehmenden Vorteilsausgleichs zu berücksichtigenden Entschädigung für gezogene Nutzungen.

Die Klägerin erwarb das streitgegenständliche Dieselfahrzeug mit einem Kilometerstand von 0 km am 14. September 2015 für 39.753,75 € (Kaufvertrag Anlage K1), sie finanzierte es über ein Darlehen, für das 808,49 € Zinsen angefallen sind.

Sie verkaufte das Fahrzeug mit einem Kilometerstand von 72 240 km für 19.000,- €.

Die Beklagte versah die Motorsteuerung der streitgegenständlichen Motors EA288 SCR mit einer sog. „Umschaltstrategie“, die zwei verschiedenen Betriebsmodi prüfstandbezogen ansteuert. Bei Erkennen des Prüfmodus durch die sog. „Fahrkurve“ schaltete die Beklagte die Abgasreinigung im Prüfzyklus in einen – im Vergleich zum realen Fahrbetrieb – ungleich effizienteren Modus. Die im Testverfahren demonstrierte Abgasreinigung war für den tatsächlichen Betrieb im normalen Fahrbetrieb weder repräsentativ noch reproduzierbar (im Einzelnen: Bl. 9 ff. d.A.).

Die Beklagte entschied Ende 2015, die Fahrkurvenerkennung in der Motorsteuerungssoftware für neu in Produktion gehende Fahrzeugtypen mit EA288-Aggregaten bzw. bei solchen, an denen Modellpflege-Maßnahmen erfolgen sollten, nicht mehr zu hinterlegen. Dies wurde für Modelle mit einem Produktionsstart (SOP = Start of Production) nach Kalenderwoche 22/2016 durchgeführt.

Das streitgegenständliche Fahrzeug stammt aus der Produktion SOP vor 22/16, was sich daraus ergibt, dass die EG-Typengenehmigung des streitgegenständlichen Fahrzeugs am 8. Januar 2016 erteilt wurde, es mithin unter die Produktionsreihe fällt, die vor der 22. Kalenderwoche des Jahres 2016 liegt.

Mit rechtsanwaltlichem Schreiben vom 18. Januar 2022 hat die Klägerin die Beklagte zur Erfüllung der Ansprüche aufgefordert (Anlage K8).

Sie beantragt mit der am 02.05.2022 zugestellten Klageschrift:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin EUR 11.989,54 nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 1. Februar 2022 zu zahlen;
2. die Beklagte wird verurteilt, die Klägerin von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten der Klägerin entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 1.608,88 freizustellen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie behauptet, die in bestimmten EA288-Fahrzeugen zum Einsatz kommende Fahrkurvenerkennung sei im streitgegenständlichen Fahrzeug zu keinem Zeitpunkt hinterlegt gewesen. Selbst bei Vorhandensein einer Fahrkurvenerkennung halte der EA288-Motor bei voller Funktionsfähigkeit aller abgasbehandelnden Bauteile den gesetzlich vorgegebenen NOx-Grenzwert von 80 mg/km ein.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist überwiegend begründet.

1. Zunächst ist der Klageantrag zu 1. überwiegend begründet.
2. Die Beklagte hat der Klägerin in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorsätzlich einen Schaden zugefügt.

Im Fahrzeug ist eine Fahrkurvenerkennung eingebaut, die nicht nur erkennt, wenn sich das Fahrzeug auf dem Prüfstand befindet, sondern dann zudem in die Abgasreinigung eingreift, sodass diese auf dem Prüfstand effizienter funktioniert als im normalen Fahrbetrieb.

Die Beklagte hat nicht hinreichend bestritten, dass dies gerade im streitgegenständlichen Fahrzeug verbaut ist. Unstreitig war eine solche Fahrkurvenerkennung bei Fahrzeugen verbaut, die vor SOP 22/2016 produziert wurden. Die pauschale Behauptung der Beklagten, dass das streitgegenständliche Fahrzeug später gebaut wurde, hat die Klägerin unter Verweis auf die EG-Typengenehmigung von Januar 2016 widerlegt.

Die Fahrkurvenerkennung mit Eingriff in die Abgasreinigung stellt eine unzulässige Abschalteneinrichtung dar.

In Art. 3 Nr. 10 der Verordnung Nr. 715/2007 wird „Abschalteneinrichtung“ definiert als „ein Konstruktionsteil, das die Temperatur, die Fahrzeuggeschwindigkeit, die Motordrehzahl (UpM), den eingelegten Getriebegang, den Unterdruck im Einlasskrümmer oder sonstige Parameter ermittelt, um die Funktion eines beliebigen Teils des Emissionskontrollsystems zu aktivieren, zu verändern, zu verzögern oder zu deaktivieren, wodurch die Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems unter Bedingungen, die bei normalem Fahrzeugbetrieb vernünftigerweise zu erwarten sind, verringert wird“.

Die Beklagte hat – insbesondere bei Berücksichtigung der Ausführungen des EuGH im Urteil v. 14.7.2022 (Az. C-128/20, Tz. 24 ff. = BeckRS 2022, 16622 Rn. 24, beck-online) – eine Einrichtung in das Fahrzeug eingebaut, die die Abgasreinigung für den Prüfzyklus verändert.

Nach Ansicht der Kammer ist es für das Vorliegen einer unzulässigen Abschalteneinrichtung nicht erforderlich, dass die Emissionsgrenzwerte *wegen* der Abschalteneinrichtung eingehalten werden. Nach Art. 5 Abs. 2 der VO (EG) 715/2007 sind Abschalteneinrichtungen unzulässig, die die Wirkung von Emissionskontrollsystemen *verringern*. Eine Kausalität im Hinblick auf die Einhaltung der Grenzwerte ist hierbei nicht erforderlich.

Diesbezüglich liegt auch eine sittenwidrige Schädigung vor.

Sittenwidrig ist ein Verhalten, das nach seinem Gesamtcharakter, der durch umfassende Würdigung von Inhalt, Beweggrund und Zweck zu ermitteln ist, gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt. Dafür genügt es im

Allgemeinen nicht, dass der Handelnde eine Pflicht verletzt und einen Vermögensschaden hervorruft. Vielmehr muss eine besondere Verwerflichkeit seines Verhaltens hinzutreten, die sich aus dem verfolgten Ziel, den eingesetzten Mitteln, der zutage getretenen Gesinnung oder den eingetretenen Folgen ergeben kann (st. Rspr., vgl. nur BGH, Urteile vom 13. Juli 2021 - VI ZR 128/20, WM 2021, 1609 Rn. 11; vom 30. Juli 2020 - VI ZR 5/20, ZIP 2020, 1715 Rn. 29; vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19, BGHZ 225, 316 Rn. 15; vom 12. März 2020 - VII ZR 236/19, VersR 2020, 1120 Rn. 24; jeweils m.w.N.). Schon zur Feststellung der objektiven Sittenwidrigkeit kann es daher auf Kenntnisse, Absichten und Beweggründe des Handelnden ankommen, die die Bewertung seines Verhaltens als verwerflich rechtfertigen. Die Verwerflichkeit kann sich auch aus einer bewussten Täuschung ergeben (BGH, Urteile vom 13. Juli 2021 - VI ZR 128/20, WM 2021, 1609 Rn. 11; vom 30. Juli 2020 - VI ZR 5/20, ZIP 2020, 1715 Rn. 29; vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19, BGHZ 225, 316 Rn. 15). Insbesondere bei mittelbaren Schädigungen kommt es ferner darauf an, dass den Schädiger das Unwerturteil, sittenwidrig gehandelt zu haben, gerade auch in Bezug auf die Schäden desjenigen trifft, der Ansprüche aus § 826 BGB geltend macht (BGH, Beschlüsse vom 9. März 2021 - VI ZR 889/20, VersR 2021, 661 Rn. 12 und vom 19. Januar 2021 - VI ZR 433/19, ZIP 2021, 297 Rn. 14; Urteile vom 30. Juli 2020 - VI ZR 5/20, ZIP 2020, 1715 Rn. 29 und vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19, BGHZ 225, 316 Rn. 15).

Ein Automobilhersteller handelt gegenüber dem Fahrzeugkäufer sittenwidrig, wenn er entsprechend seiner grundlegenden strategischen Entscheidung im eigenen Kosten- und Gewinninteresse unter bewusster Ausnutzung der Arglosigkeit der Erwerber, die die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und die ordnungsgemäße Durchführung des Typgenehmigungsverfahrens als selbstverständlich voraussetzen, Fahrzeuge mit einer Motorsteuerung in Verkehr bringt, deren Software bewusst und gewollt so programmiert ist, dass die gesetzlichen Abgasgrenzwerte nur auf dem Prüfstand beachtet, im normalen Fahrbetrieb hingegen überschritten werden, und damit unmittelbar auf die arglistige Täuschung der Typgenehmigungsbehörde abzielt. Ein solches Verhalten steht einer unmittelbaren arglistigen Täuschung der Fahrzeugerwerber in der Bewertung gleich (vgl. BGH, Urteile vom 25. November 2021 - VI ZR 257/20, juris Rn. 20; vom 16. September 2021 - VII ZR 192/20, juris Rn. 21; vom 8. März 2021 - VI ZR 505/19, juris Rn. 19 und vom 25. Mai 2020 - VI ZR 252/19, juris Rn. 16 ff.).

Bereits die objektive Sittenwidrigkeit des Herstellens und des Inverkehrbringens von Kraftfahrzeugen mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung im Verhältnis zum

Fahrzeugerwerber setzt deshalb voraus, dass dies in Kenntnis der Abschalteinrichtung und im Bewusstsein ihrer - billigend in Kauf genommenen - Unrechtmäßigkeit geschieht (vgl. BGH, Urteile vom 25. November 2021 - VII ZR 257/20, juris Rn. 21 und vom 16. September 2021 - VII ZR 192/20, juris Rn. 22; Beschlüsse vom 9. März 2021 - VI ZR 889/20, juris Rn. 28 und vom 19. Januar 2021 - VI ZR 433/19, juris Rn. 19).

Bei einer Abschalteinrichtung, die im Grundsatz auf dem Prüfstand in gleicher Weise arbeitet wie im realen Fahrbetrieb und bei der die Frage der Zulässigkeit nicht eindeutig und unzweifelhaft beantwortet werden kann, kann bei Fehlen sonstiger Anhaltspunkte nicht ohne Weiteres unterstellt werden, dass die für den Motorhersteller handelnden Personen in dem Bewusstsein handelten, eine unzulässige Abschalteinrichtung zu verwenden, und den darin liegenden Gesetzesverstoß billigend in Kauf nahmen, so dass es bereits an der objektiven Sittenwidrigkeit fehlt (vgl. BGH, Beschluss vom 9. März 2021 - VI ZR 889/20, juris Rn. 28; Urteil vom 16. September 2021 - VII ZR 190/20, juris Rn. 16).

(zum Ganzen: OLG Koblenz, Beschluss vom 16.06.2022 – 16 U 131/22 = BeckRS 2022, 14792 Rn. 16-19, beck-online)

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze ist von einer sittenwidrigen Schädigung auszugehen. Zwar mag in den Fällen des sog. Thermofensters davon auszugehen sein, dass die KFZ-Hersteller nicht von der Unzulässigkeit wussten, womit der objektive Tatbestand der Sittenwidrigkeit entfielen. Vorliegend ist die Sachlage aber anders: Es liegt auf der Hand, dass eine Steuerung der Abgasreinigung in einen effizienteren Modus *nur* für die Dauer des Prüfzyklus nicht zulässig ist, weshalb davon auszugehen ist, dass auch die zuständigen Mitarbeiter der Beklagten dies zumindest billigend in Kauf genommen haben.

3. Die Beklagte hat der Klägerin nach § 826 i.V.m. den §§ 249 f. BGB den entstandenen Schaden zu ersetzen.

Der hier relevante Schaden besteht im Kaufvertragsabschluss (vgl. BGH, a.a.O., Rn. 44 ff. d.A.).

Die – im Wege des Vorteilsausgleichs anzurechnenden (vgl. Az. VI ZR 252/19 = NJW 2020, 1962, Rn. 64 ff.) – Gebrauchsvorteile der Klägerin sind mit 9.572,70 € anzusetzen und in Abzug zu bringen. Dabei hat das Gericht den unstreitigen

Kilometerstand bei Verkauf des Autos von 72 240 km abzüglich der bei Kauf bereits vorhandenen Laufleistung von 0 km, also von der Klägerin selbst zurückgelegter 72 240 km zugrunde gelegt.

Das Gericht hat die zu erwartende Gesamtlauflistung gemäß § 287 ZPO auf 300.000 km geschätzt, sodass die bei Kauf noch verbleibende Restlaufzeit unter Abzug der zurückgelegten Laufleistung von 0 km noch 300 000 km betrug. Denn nach Einschätzung des Gerichts kann eine Gesamtlauflistung von 300.000 km bei einem als langlebig geltenden Dieselfahrzeug typischerweise erwartet werden.

Der Anspruch auf Nutzungsentschädigung bei gebrauchten Kraftfahrzeugen berechnet sich nach zutreffender Rechtsauffassung nach folgender Methode (vgl. Reinking/Eggert, Der Autokauf, 10. Aufl., Rz. 1753 ff.):

$$\text{Gebrauchsvorteil} = \frac{\text{Bruttokaufpreis} \times \text{gefahrte Kilometer}}{\text{Voraussichtl. Restlaufleistung}}$$

In dieser Berechnung kommt zum Ausdruck, dass die Parteien mit dem von ihnen vereinbarten Kaufpreis in der Regel den noch verbleibenden Nutzungswert des Gebrauchtwagens abbilden, welcher sich in der Restlaufzeit des Fahrzeuges bei guter, durchschnittlicher Behandlung ausdrückt. Die in der gleichmäßigen Aufteilung auf die gefahrenen Kilometer sich ergebende lineare Wertschwundberechnung entspricht der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ / ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■, a.a.O., Rz. 643 ff.). Soweit in der Praxis generalisierende Faustformel verwendet werden, wonach die Nutzungsentschädigung für Pkw gemäß § 287 ZPO nach der Gesamtlauflistung für je 1000 km auf 0,3 % bis 1 % des Anschaffungspreises zu schätzen ist (vgl. Palandt-■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ § 346 RZ. 10 mwN), liegt dem eine fixe Gesamtfahrleistung – je nach anzusetzendem Prozentsatz zwischen 100.000 km und 333.333 km zugrunde. Der höchste Wert entspricht annähernd der vom Gericht zugrunde gelegten Gesamtlauflistung.

Vorliegend ist als Kaufpreis 39.753,75 € zugrunde zu legen. Nach der allgemein anerkannten Formel der linearen Wertschwundberechnung (Gebrauchsvorteil = Bruttokaufpreis x gefahrene Kilometer : voraussichtliche Gesamtlauflistung) - ergibt sich im konkreten Fall ein Betrag von 9.572,70 € (39.753,75 € x 72 240 km : 300 000 km).

Nach Abzug einer Nutzungsvergütung von 9.572,70 € vom Schadensbetrag von 40.562,24 € (Kaufpreis zzgl. Darlehenszinsen) sowie des erhaltenen Verkaufspreises von 19.000,- € verbleibt ein tatsächlich zurück zu zahlender Betrag von **11.989,54 €**.

4. Zinsen stehen der Klägerin gemäß §§ 286, 288 Abs. 1 BGB in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach Rechtshängigkeit des Zahlungsantrags zu, dem 03.05.2022.

Durch das rechtsanwaltliche Schreiben wurde die Forderung, soweit ersichtlich, erstmalig geltend gemacht, weshalb die Beklagte damit noch nicht in Verzug gesetzt wurde.

II. Der Klageantrag zu 2. ist teilweise begründet.

Ein Anspruch auf Ersatz der Rechtsanwaltskosten ergibt sich aus §§ 826, 31, 249 BGB. Die Klägerin durfte die Einschaltung eines Rechtsanwalts für notwendig halten. Der Höhe nach ist allerdings nur eine 1,3-fache Geschäftsgebühr gerechtfertigt, mithin Kosten in Höhe von 1.054,10 €.

III. Die Kostenfolge ergibt sich aus § 92 Abs. 2 ZPO, die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit aus § 709 ZPO.

Der Streitwert wird auf 11.989,54 EUR festgesetzt.

Dr. [REDACTED]

Beglaubigt
Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle
Landgericht Köln



für Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Behörden und
Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts

Informationsblatt zum

Sehr geehrte Empfängerin, sehr geehrter Empfänger, der

elektronischen

elektronischen Empfangsbekanntnis seit dem 1. Januar 2018

flächendeckend eröffnet. Um die elektronische Kommunikation weiter
zu fördern, versenden seit dem 1. Januar 2022
nunmehr alle nordrhein-westfälische Gerichte auch über die EGVP-
Infrastruktur.

Der förmliche elektronische Versand an Rechtsanwälte, Notare,
Gerichtsvollzieher, Behörden und juristische
Personen des öffentlichen Rechts erfolgt hierbei – parallel zum
förmlichen analogen Versand – gegen ein
elektronisches Empfangsbekanntnis (eEB). **Dieser elektronischen
Nachricht ist ein solches eEB beigelegt.**

Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Behörden und
Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts
sind gesetzlich verpflichtet, bei dessen Rücksendung den
strukturierten, maschinenlesbaren Datensatz, der Ihnen mit
dem zugestellten Dokument zur Verfügung gestellt wurde, zu

verwenden (§ 173 Abs. 2, 3 ZPO; § 113 FamFG; § 37 Abs. 1 StPO; § 31a Abs. 6 BRAO, § 14 BORA; § 78n BNotO). Andernfalls muss nochmals förmlich an Sie zugestellt werden, was erheblichen Mehraufwand, vor allem aber vermeidbare Kosten verursacht und zusätzlich zu Verfahrensverzögerungen führt.

Auf Seite 2 dieses Informationsblatts finden Sie Hinweise zur Abgabe des eEB über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA), das besondere elektronische Notarpostfach (beN) sowie das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPo).

Bitte helfen Sie uns, die elektronische Kommunikation weiter zu etablieren.

Vielen Dank!

Hinweise zum elektronischen Empfangsbekenntnis (eEB)

Die Rücksendung des eEB kann direkt über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA), das besondere elektronische Notarpostfach (beN)

oder das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPo) vorgenommen werden.

Hat das Gericht ein eEB angefordert, wird in der geöffneten Nachricht oberhalb des

Betreffs der Hinweis **Empfangsbekenntnis angefordert (1)**

eingebildet.

Mit der Schaltfläche **Anzeigen (2)** kann der Inhalt des eEB eingesehen werden, wobei Sie hier lediglich einen technischen Datensatz angezeigt

bekommen. Eine gesonderte PDF-Datei wird nicht mit versendet.

Mit der Schaltfläche **Abgabe erstellen (3)** wird die Rückantwort für das Gericht erzeugt.

Nach Eingabe des Zustellungsdatums kann der Datensatz

automatisiert elektronisch zurückgesandt werden. Das Gericht erhält innerhalb weniger Minuten diesen Datensatz zur Weiterverarbeitung.

Sollten Sie das eEB nicht abgeben wollen, verwenden Sie bitte die Schaltfläche

h MK. V P M-U. à wunuees [REDACTED].y 6 O g Luter V O 'PTH U.

0 Vrum V O undnuanu

Abender:	[REDACTED]
Empfänger:	[REDACTED]
Status Signaturprüfung:	<div><div>Keine Nachschreibensignatur</div><div>Signaturen prüfen</div></div>

Emplangab

Argen

Abchnng

Bat iff Ladung h Sechn
Ailiann / Schumle

Ablehnung erstellen (4) und begründen Sie diese.

NKhkhenfyp NbemoineNochncht

Aktrzekhen der Jut i23 C i2WI?

Dr [REDACTED]

Gelindat

Zugigirgin

Entall woh

w l -

t Oateinume * Brechong

Amuangilyp « M

t galt wwhet imi

Srmsdiwas ui

no a

Quelle: Bundesrechtsanwaltskammer